

2013-05-08

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 24.04.2013

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 38**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Bierbaum, Heinz
Exner, Stefan Dr.
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schwierz, Andreas

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter
Eichelberg, Ingolf
Laue, Harald
Müller, Angela

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan
Lohde, Jacqueline

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde durch den **1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hoffmann**, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 31 Stimmberechtigte) fest.

Bevor Herr Hoffmann den Tagesordnungspunkt 2 aufrief, bat er **Herrn Martin Grünthal** als neues Mitglied des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau um die Abgabe seiner Verpflichtungserklärung entsprechend § 51, Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt. Dieser sprach die Verpflichtung aus. Herr Grünthal rückt für das verstorbene Mitglied des Stadtrates, Herrn Axel Böhler, in die Fraktion Pro Dessau-Roßlau nach.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Bestätigung der vorgeschlagenen Tagesordnung erfolgte einstimmig.

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 06.03. und 20.03.2013**

Die Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates vom 6. März 2013 wurde mit 4 Enthaltungen, die der Sitzung vom 20. März 2013 mit 1 Enthaltung genehmigt.

4 **Berichte des Oberbürgermeisters**

4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Herr Oberbürgermeister Koschig verwies eingangs seines Bereichs über wesentliche Angelegenheiten auf den heute zur Verabschiedung anstehenden ersten doppelseitigen **Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau**. Er dankte allen, die intensiv an der Erarbeitung mitgewirkt haben und an der Eröffnungsbilanz immer noch arbeiten sowie allen, die in den vergangenen Wochen an der Haushaltsdiskussion beteiligt waren.

Der Haushalt stellte eine Herausforderung dar und wird es noch bleiben, denn für den nächsten Haushalt gilt es, an den Kennzahlen und Zielen zu arbeiten. Dazu, sich dabei bestmöglich einzubringen, lud Herr Koschig alle ein und bat bereits an dieser Stelle um die Zustimmung zum Haushalt 2013.

Auf die **Eckwerte des Finanzministeriums** für die einzelnen Ministerien für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 verweisend, die sicher den Mitgliedern des Stadtrates schon zur Kenntnis gelangten, nannte Herr OB Koschig insbesondere die einschneidenden Kürzungen beim Kultus- und Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium.

Der Kultusminister habe alle Träger von Theatern zu einer Besprechung Mitte Mai eingeladen. Die Stadtverwaltung habe sowohl an den Ministerpräsidenten wie auch Ministerin Wolf geschrieben und auf die für unsere Stadt so wichtigen Vorhaben zur Stadt- und Wirtschaftsentwicklung hingewiesen. Der Ausbau unserer Stadt als wichtiger Standort von Forschung und Entwicklung gehört bekanntlich zu den Kernpunk-

ten unserer Arbeit für ein zukunftsfähiges Dessau-Roßlau. Herr Koschig habe inzwischen den neuen Wirtschaftsminister in einem Glückwunschsreiben in das dritte Oberzentrum des Landes eingeladen.

Im Weiteren sprach Herr Koschig die Bitte an alle Mitglieder des Stadtrates aus, sich bei unseren Landtagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die Kernziele unserer Stadtentwicklung auch weiterhin in der Landespolitik Beachtung und Würdigung finden.

So wie auch unser Haushalt mit Abstrichen leben müsse, dafür bei weiterem Schuldenabbau erstmals seit langem wieder ausgeglichen ist, so gelte dies auch für den Landeshaushalt. Herr Koschig rief zu der Devise auf „Nicht sparen um des Sparens Willen, sondern intelligent Geld ausgeben“. In gleicher Weise bat er um das Engagement der Stadträte bei der geplanten **Polizeistrukturreform**. Vorgeschlagen wurden zwei Varianten, die seines Wissens auch jeweils ihre Interessensvertreter im Landtag haben.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sollten wir uns als drittes Oberzentrum des Landes Sachsen-Anhalt nur für die **Variante A** einsetzen. Bei dieser Variante mit einem Polizeipräsidium in Halle und vier Polizeiinspektionen wird Dessau-Roßlau gegenüber den Städten Halle und Magdeburg gleichgestellt, vorausgesetzt, dass der Personalbestand der Inspektion und der Polizeireviere prozentual an die Bevölkerungszahlen der einzelnen kreisfreien Städte angepasst wird. Derzeit ist unser Polizeirevier personell stark unterbesetzt. Des Weiteren sollen die Polizeistationen nicht mehr besetzt werden. Kompensiert werden soll diese Maßnahme mit dem Einsatz sog. Regionalbereichsbeamter der Polizei.

Bei der **Variante B** soll es dagegen nur noch zwei Polizeipräsidien in Halle und in Magdeburg geben. Die Reviere in Dessau und Wittenberg sollen aufgewertet und zu einem gemeinsamen Polizeirevier zusammengeschlossen werden. Für Dessau-Roßlau bedeutet diese Variante auch dann einen Imageverlust, falls der Personalbestand im neu zu bildenden Revier für die Aufgabenwahrnehmung und den Kontakt zur Stadt auskömmlich wäre.

Seit 2007 verringert sich der Personalbestand bei der Polizei ständig. Die Planstellen sollen bis zum Jahr 2019 auf 5.800 Bedienstete insgesamt schrumpfen, darunter 5.000 im Vollzug. Durch die neue Reform sollen die Verwaltungsstrukturen bei der Polizei gestrafft werden, ohne die Sicherheitslage im Land zu verschlechtern. Die dabei einzusetzenden Regionalbereichsbeamten könne man am ehesten vergleichen mit den früheren Abschnittsbevollmächtigten der Polizei. Sie sollen in ländlichen Bereichen einem Defizit an Sicherheit, das durch die Schließung von Polizeistationen entstehen würde, entgegenwirken. Sie sollen dann auch Kontakt zu den Bürgermeistern halten und sowohl präventiv als auch repressiv tätig werden.

Abgesehen von der vorgestellten Strukturreform und dem evtl. gewählten Modell wird bereits jetzt Druck seitens der Polizei auf die Kommunen aufgemacht. Die Kommunen sollen ihre Aufgaben nach dem SOG möglichst rund um die Uhr selbst wahrnehmen, um die Polizei vom sog. Kleinkram zu entlasten. Seit 1990 hat die Polizei diese Aufgaben im Rahmen ihrer Eilzuständigkeit nach Dienstschluss der Verwaltung auch in unserer Stadt wahrgenommen. Bei diesen Aufgaben handelt es sich um die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten in den Nachtstunden wie z. B. Störung der Nachtruhe durch Lärm einzelner Bürger, von Jugendlichen und nicht selten alkoholisierten Gruppen oder bei Veranstaltungen.

Dies wiederum hätte zur Folge, dass die Kommunen ihre Sicherheitsbehörden personell qualitativ und quantitativ und bezüglich ihrer Ausstattung in die Lage versetzen müssen, den gestiegenen Anforderungen nachzukommen. Die Bedeutung der Verwaltungsvollzugsbeamten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bekommt damit einen neuen Stellenwert, der bei der Personalentwicklung in diesem Bereich zu beachten ist. Nicht zuletzt müsste die Ausbildung der kommunalen Verwaltungsvollzugsbeamten ansatzweise einer polizeilichen Ausbildung schon allein zur Verbesserung des Selbstschutzes angepasst werden.

Anders formuliert schätzte **Herr OB Koschig** ein, das Land will künftig auch hier zu Lasten der Kommunen sparen. Unser Fachamt habe kalkuliert, dass die voraussichtlichen Kosten einen jährlichen Mehraufwand von 575.000 EUR bei mindestens 66.000 EUR Einmalkosten für Ausbildung und Ausstattung bedeuten. All dies käme zusätzlich auf die Stadt zu, wurde aber bisher vom Land nie in Frage gestellt. So lange es das SOG in unserem Lande gibt, habe die Polizei uns unterstützt und Aufgaben im Rahmen ihre Eilzuständigkeit nach Dienstschluss der Verwaltung wahrgenommen. Im Rahmen der Amtshilfe müsste sie es auch weiter tun, wenn es vor Ort zu Eskalationen kommt. Herr Koschig glaube nicht, dass das Innenministerium die daraus resultierende Gefährdung für unsere Vollzugsbeamten wirklich und wissentlich in Kauf nehmen will, wenn die zu Hilfe gerufenen Polizeibeamten einfach nicht da sind, weil sie nach der Papierform nicht mehr erforderlich waren.

Deshalb sage **Herr Koschig** Ja zur Straffung der Verwaltung, und zwar in vier Inspektionen, und Nein zur Ausdünnung der Polizei in der Fläche zu Lasten der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Bisher wurden zwölf Einwohnerversammlungen zum **Masterplan Bauhausstadt** durchgeführt, setzte **Herr Oberbürgermeister Koschig** seinen Bericht fort. Es folgen noch am 7. Mai die in Groß- und Kleinkühnau und weiter in den Ortsteilen Ziebigk und Siedlung im Bauhaus selbst.

Der Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus Dessau fand in seiner Frühjahrssitzung am 17. April zu keinem Beschluss über den **Standort für das Ausstellungszentrum**. Es wurde festgelegt, dass der Kultusminister und Herr Koschig dazu im Kabinett vortragen. Herr Beigeordneter Hantusch und Herr OB Koschig hatten am heutigen Morgen Gelegenheit, wegen dringender Wirtschaftsförderungsangelegenheiten den Ministerpräsidenten über die in Rede stehenden Standorte zu informieren.

Am 26. März eröffneten die Botschafterin der Republik Indien und unser Ministerpräsident im Bauhaus die sehr sehenswerte **Ausstellung „Das Bauhaus in Kalkutta“** mit der Rekonstruktion einer Schau, die schon 1922 in der ostindischen Großstadt zu sehen war. Werke von Klee, Kandinsky und Feininger sind hier neben denen von indischen Künstlern des frühen 20. Jahrhunderts zu sehen.

Im Radisson Fürst Leopold Hotel wurde am 16. April die **Ausstellung „Bauhaus Impressionen“** eröffnet.

Die Deutsche Angestellten Krankenkasse sucht zum wiederholten Mal bundesweit Plakate gegen das Koma-Saufen der Jugendlichen mit der Aktion **„Bunt statt blau“**, um damit Zeichen zu setzen, da in jedem Jahr mehr als 20.000 Jugendliche mit Alkoholvergiftungen im Krankenhaus landen. In diesem präventiven Sinne arbeitet die DAK vor Ort in Koordination von Prävention und Jugendschutz in unserem Jugendamt mit dem Rathauscenter und der Zeitung „Super Sonntag“ zusammen. Über die

Schulsozialarbeiter wurde das Thema in die Schulen transportiert. Das Ergebnis war überwältigend, über 60 Plakate sind dabei entstanden. Wenn der bundesweite Ausscheid beendet ist, kommen die Plakate zurück und eine Jury mit den genannten Kooperationspartnern wird für unsere Stadt die besten Wettbewerbsbeiträge küren und prämiieren. Danach wird es eine kleine Wanderausstellung der 20 besten Plakate geben.

Unser Amt für Soziales und Integration hat das **Beteiligungsverfahren zur Pflegestrukturplanung** eröffnet.

Am 19. April wurde die komplett sanierte und modernisierte **Diakonie- und Sozialstation in Roßlau** eingeweiht.

Seit dem 13. April findet in unserer Stadt die **15. Agendawoche** mit 17 Veranstaltungen zu zahlreichen aktuellen Themen - Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz und fairen Handel - statt. Möglich wird dies durch die Arbeit des Agendarates, unterstützt vom Amt für Umwelt und Naturschutz und weiteren 18 Partnern bzw. Mitveranstaltern. Allen Akteuren der morgen endenden Agendawoche sprach Herr Koschig ein herzliches Dankeschön aus.

An besseren und saubereren Motoren arbeitet das **WTZ in Roßlau**, eines der größten industrienahen Forschungsinstitute in Sachsen-Anhalt.

Die **8. Dessauer Gasmotorenkonferenz** am 21. und 22. März war wieder ein großer Erfolg mit neuem Teilnehmerrekord. Staatssekretärin Zieschang war aus diesem Anlass in der Stadt. Ihr Besuch wurde genutzt, ihr wichtige Wirtschaftsunternehmen vor Ort vorzustellen.

Dank richtete Herr OB Koschig an den Anhaltischen Kunstverein und den Rotary-Club für ihr Engagement, „**Die Liegende**“ aus dem Depot in den Frühling zu holen. Am vergangenen Freitag wurde die Bronzeplastik von Horst Brühmann an der Museumskreuzung vor der Kunsthalle feierlich enthüllt. In dem Zusammenhang dankte Herr Koschig dem ausgeschiedenen Vorstand mit seinem langjährigen Präsidenten, Herrn Nr. Neubert, für die Arbeit und wünschte dem neuen Vorstand viel Erfolg.

Am 4. April fand im Krötenhof das Bürgerforum zum Zwischenstandsbericht der **Kulturentwicklungsplanung** statt. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen für das Kulturamt selbst waren Gegenstand von zwei Klausurtagungen.

Im Stadtarchiv wurde am 22. April die Ausstellung „**Von Quebec bis Dessau - Anhalt und seine Freimaurer 1783 - 2013**“ eröffnet.

Begeisterte Gäste hatte die Anhaltische Landesbücherei zum **10. Bibliothekstag** des Landes Sachsen-Anhalt, der am 17. April in der Wissenschaftlichen Bibliothek stattfand.

Tags darauf konnte ein schönes Fazit über drei Jahre „**Lernen vor Ort**“ gezogen werden. Die Veranstaltung fand in dem besonderen Lernort Technikmuseum statt. Zum Ende des offiziellen Teils unterzeichneten Fördervereinsvorsitzender Kuras und Projektleiter Blauig-Schaaf eine Kooperationsvereinbarung.

Herr OB Koschig lud zu den Kundgebungen und **Mai-Feiern** des DGB im Stadtpark Dessau und an der Ölmühle in Roßlau ein.

Der **Interkulturelle Generationenpark Stadtpark** hat einen Anerkennungspreis zum Architekturpreis des Landes Sachsen-Anhalt 2013 bekommen, wozu Herr Koschig an dieser Stelle allen dankte, die dazu beigetragen haben und am Samstag mit dem Garten- und Pflanzenmarkt des Stadtverbandes der Gartenfreunde die Parksaison auch wieder gestalten werden.

Eine weitere Einladung sprach Herr Koschig aus zum **gemeinsamen Gedenken der im Holocaust umgekommenen jüdischen Mitbürger**, wenn am 22. Mai weitere Stolpersteine in unserer Stadt gesetzt werden.

Am 3. April fand im Kornhaus die letzte Sitzung der Lenkungsgruppe zum **ANHALT|800-Jubiläum** mit Abschlussbericht und Entlastung von Vorstand und Geschäftsstelle statt. Der Abschlussbericht wird am 8. Mai noch dem Kulturausschuss vorgestellt.

Abschließend berichtete Herr OB Koschig, dass beim Fürstenball im Sommer die Familie von Anhalt der Staatskanzlei wie der Stadt Dessau-Roßlau je eine Plastik des Anhaltischen Bären schenkte. Die unsrige werde nun aufgestellt und vermutlich sogar dort, wo sie einmal gestanden hat - im Garten des Palais Bose. Die Avendi-Seniorenresidenz lädt am 14. Mai zur feierlichen Aufstellung ein.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Lingner stellte die Frage, wann es in der Stadt Dessau-Roßlau einen Mietspiegel geben wird. Seit 1997 gebe es ihn nicht. Nun habe er eine Mietpreiserhöhung bekommen und könne sich dagegen nicht wehren, da er keine aktuellen Zahlen habe, mit denen er argumentieren könnte. Der Geschäftsführer der Dessauer Wohnungsgenossenschaft habe auch eine Drohung ausgesprochen, wenn Herr Lingner nicht zahlen wolle oder könnte, warte das Amtsgericht auf ihn. Herr Lingner bat dringend um die Erarbeitung eines Mietspiegels.

Als weitere Problematik sprach Herr Lingner an, dass das Umfeld des Neuen Wasserturmes in einem katastrophalen Zustand sei. Es war auch versprochen worden, dass etwas gemacht wird. Vor etwa 5-6 Jahren gab es am Niemanschen Platz an der Schule eine öffentliche Veranstaltung der Stadtverwaltung, wo von einem Baumring gesprochen wurde, der eine Trennung zwischen dem eigentlichen Wohngebiet und dem Industriegebiet bilden soll. In all den Jahren sei aber nichts geschehen.

Ein drittes Problem gebe es für Herrn Lingner mit dem, was Herr Weber (CDU-Fraktion) im letzten Amtsblatt angesprochen hat. Er habe ihn persönlich angeschrieben und auch eine Antwort bekommen, allerdings mit sehr viel Dingen, die man vielleicht einmal persönlich besprechen müsse. So habe er unterstellt, dass sie politisch miteinander in Verbindung stehen, woran Herr Lingner sich aber nicht erinnern könne.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler merkte an, sein Dezernat sei zwar nicht zuständig, er sei aber informiert, wie der Stand ist. Richtig ist, dass über die Statistikstelle jetzt der Zuschlag für eine externe Unternehmung erteilt wurde, die den Miet-

spiegel mit erstellt. Er könne verstehen, dass die Zeitspanne, die seit vielen Jahren in der Stadt dazu geführt hat, dass wir bei all den bestehenden Problemen keinen Mietspiegel haben, auf Unverständnis stößt. Deshalb solle der Mietspiegel nun vorangebracht werden. Es ist ein komplexes Vorhaben der gesamten Verwaltung.

Herr Lingner merkte an, der 30.04.2013 sei der Tag, an dem er 15,00 € pro Monat mehr bezahlen müsse. Er wisse nicht, warum es so lange dauert in dieser Stadt, seit 1997 hatte man Zeit. Andere Städte würden dies kontinuierlich machen. Darauf entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**, dass es auch 1997 nicht in seinem Verantwortungsbereich lag, die Erarbeitung nun aber erfolgt.

Herr Lingner verließ unter Protestäußerungen den Sitzungssaal.

Durch **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, erfolgte die Erklärung an die noch Anwesenden, dass das Thema Mietspiegel nach der damaligen Auflage in all den Jahren immer wieder auf der Tagesordnung stand. Das Problem war immer die fiskalische Untersetzung des Themas. Zeitweilig sei es nicht als relevant angesehen worden. Inzwischen werde aber in Abstimmung mit den jetzigen Kräften, die sich dem Thema widmen, dieses Thema als notwendig angesehen. Natürlich sei es keine einfache Situation, da allein der Mietspiegel nicht die Lösung sei, es geht um mehr Dinge, die betrachtet werden müssen. Jetzt gebe es eine Mehrheit zu dem Thema und man sollte es ausgestalten. Herr Schönemann sei optimistisch, dass er als berechenbare Komponente für den Bürger dieser Stadt bereitgestellt werden kann.

Durch den Tagungsleiter, den **1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden, Herrn Hoffmann**, wurde empfohlen, Herrn Lingner zu den noch offenen Fragen eine Antwort in Form eines Protokollauszuges zukommen zu lassen. Obwohl er keine Angaben zur Wohnanschrift gemacht hatte, sei diese in der Verwaltung bekannt, merkte **Herr OB Koschig** an.

Bezüglich des angesprochenen Umfelds des Neuen Wasserturms legte **Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dar, es könne nicht gesagt werden, dass nichts geschehen ist. Es wurde das südliche Ende, ca. 200 m², aufgewertet, indem die alten Container verschwunden und Grünflächen entstanden sind. Leider sei es gescheitert, großflächig den „Baum des Jahres“ anzulegen, da noch eine Straße geplant sei, die in unmittelbarer Nähe des Wasserturms vorbeiführen soll. Trotzdem bestehe natürlich der Wunsch, dass mehr gemacht wird.

Weitere Wortmeldungen waren nicht zu verzeichnen. Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Personalreport 2012

Vorlage: IV/009/2013/II-10

Zum Personalreport fragte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, nach, ob in dem Vertrag der Auszubildenden die Übernahme festgeschrieben sei oder nur die Ausbildung. Hierauf erläuterte **Frau BM Nußbeck**, dass sich die 33 Auszubildenden über mehrere Ausbildungsjahre verteilen. Es werden natürlich Qualitätsanforderungen an den

Abschluss der Ausbildung gestellt und in Abhängigkeit davon würden die Auszubildenden auch übernommen.

Der Personalreport 2012 wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sechster Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: IV/005/2013/II-20**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes wies **Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden**, darauf hin, dass es hier um ein Material geht, zu dem es möglicherweise Fragestellungen gibt, die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln wären (ihm liege bereits eine solche vor). Aus diesem Grunde bat er die Vertreter der beteiligten Unternehmen, die Sitzung nach der Schließung des öffentlichen Teils noch nicht zu verlassen.

Anfragen wurden im öffentlichen Teil zur Vorlage nicht gestellt.

Der Sechste Beteiligungsbereich der Stadt Dessau-Roßlau wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Ehm, CDU-Fraktion, bezog sich auf den ausgereichten Bericht zum Hochwasserschutz. Er fügte seinem Dank die Bitte an, die Dinge, die in den Protokollen der Deichschau festgehalten wurden, auch aufzuführen. Aus dem Bereich Waldersee und einem Teil von Mildensee wurden z. B. schon vor der Deichschau drei Positionen im Protokoll vermerkt, es sind also Dauerbrenner, die schon seit Jahren bestehen. Dabei handelt es sich um den Deichkronenweg zum Luisium, den Schwedenwallgraben und der Mangel, dass es viel Vandalismus an den Deichen gibt. So werden z. B. die Säulen mit Kilometerangabe und einer Sitzkrücke für Greifvögel zunehmend durch Vandalismus beschädigt oder sind nicht mehr vorhanden.

Zum Beginn der Deichrunde hatte Herr Ehm festgestellt, dass es allgemein einen katastrophalen Wühltierbefall gibt. Dies wurde auch so aufgenommen, im Bericht der Stadt klinge es ein wenig harmlos.

Des Weiteren ist kritisch betrachtet worden, dass am Schwedenwall drei alte Eichen stehen. Einigkeit besteht, dass diese inzwischen für die Allgemeinheit eine große Gefahr darstellen und dringend überprüft werden sollten. Herr Ehm hatte auch angeregt, dass die Deichscharte am Luisium überprüft wird. Die Aluminiumelemente der Deichscharte sind in der Katastrophenschutzhalle eingelagert. Ihm gehe es nun darum, dass die Befestigungselemente, die sich vor Ort befinden (Schrauben), gereinigt und gängig gemacht werden, damit sie im Ernstfall auch funktionieren. Sich auf den letzten Satz des Berichtes der Stadt beziehend, merkte **Herr Ehm** abschließend an, es werde gesagt, die Grasmahd ist in Ordnung. Diesen Satz hätte man sich sparen können, da in diesem Jahr das Wetter noch nicht so war, dass das Gras hätte stark wachsen können.

In der letzten Woche gab es zwei parallele Veranstaltungen in der Stadt, erinnerte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**. Es ging um „Lernen vor Ort“, die Herr Koschig schon erwähnt habe. Hier im Vor-Ort-Laden gab es eine Zusammenkunft, wo sich Studen-

ten und Vertreter der Fachhochschule, Vertreter der Stadtverwaltung und Bürger zum Thema Kreativberufe und Entwicklung dieser Stadt unterhalten haben. Beide Veranstaltungen standen unter dem Vorzeichen, etwas für Ausbildung/Bildung zu tun und hatten den Hintergrund, auch über Kooperationen nachzudenken. Daraus ergebe sich bei Herrn Hartmann die Frage, „Lernen vor Ort“ macht Kooperationsverträge mit Kultur- und anderen Einrichtungen, wer die Nachfolge antreten wird, wenn „Lernen vor Ort“ hier nicht mehr aktiv ist. Gibt es einen Automatismus, dass die Stadt einsteigt? Des Weiteren bat Herr Hartmann um die Angabe, ob es eine Übersicht gibt, wie viel Kooperationen zz. bestehen zwischen dem Amt für Bildung bzw. „Lernen vor Ort“ und städtischen Einrichtungen. Er wolle auch im Kulturausschuss über solche Dinge mit befinden und einen Überblick haben.

In seiner Entgegnung führte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** aus, die Fragen seien berechtigt und waren auch Bestandteil der Veranstaltung anlässlich 3 Jahre „Lernen vor Ort“. Es wurde angedeutet, dass zz. durch das Bundesministerium die Transferagenturen ausgeschrieben werden. Dies sind dann die Einrichtungen, die als Nachfolgeträger des Projektes „Lernen vor Ort“ die Erkenntnisse, die in dem Projekt entstanden sind auf die z. B. Nachbarschaftskommunen ausdehnen sollen. Wenn feststeht, welche Transferagenturen zuständig sind, werde die Stadt mit diesen ins Gespräch kommen und auch klären, wie man mit den bestehenden Verträgen umgehen soll. Es dürfe nicht sein, dass Kontinuität abbricht. Herr Dr. Raschpichler habe bei der Veranstaltung auch deutlich gesagt, dass wir im Amt Bildung und Sport die Einrichtung eines Bildungsbüros ernsthaft erwägen. Das werden wir auch gemeinsam mit dem Land diskutieren. Wenn dies zustande kommt, wäre auch klar, welche Verträge durch diese Stabsstelle zu betreuen sind.

Eine Gesamtübersicht, welche Kooperationsvereinbarungen existieren, könne er jetzt nicht darlegen, **Herr Dr. Raschpichler** werde aber Herrn Blauig-Schaaf bitten, für den nächsten Kulturausschuss eine Zusammenstellung anzufertigen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

7 Beschlussfassungen

7.1 Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau

Einführung in die Tagesordnungspunkte zum Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau gab **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**.

Sie verwies auf die Änderungslisten zu dem am 20.03.2013 ausgereichten HH-Entwurf 2013 und ging auf die wesentlichsten Änderungen ein.

In Ergebnisplan haben sich die Erträge und Aufwendungen um 958.300 EUR erhöht auf insgesamt 200.611.400 EUR. Im Wesentlichen ergeben sich die Veränderungen bei den Erträgen aus den Mehreinnahmen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen in Höhe von 984.300 EUR (im Ergebnisplan Position 2) z. B. aus

- Fördermitteln für Stadtsanierung
- UNESCO-Welterbestätten
- Programm Familien stärken
- und für ÖPNV

und aus Mindereinnahmen bei den privatrechtlichen Entgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 25.900 EUR (im Ergebnisplan Position 5).

Bei den Aufwendungen ergeben sich Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 254.200 EUR (im Ergebnisplan Position 12) sowie insgesamt 750.800 EUR (im Ergebnisplan Position 13) Mehraufwendungen für

- Transferleistungen für das Sanierungsgebiet hier die Poststraße
- Zuschüsse an Bauhausstiftung für die UNESCO-Welterbestätten
- das Programm „Familiencoach“
- und Zuschüsse ÖPNV hier DVV

aber auch Minderaufwendungen für Schuldendienstleistungen, die an den ehemaligen Landkreis Anhalt-Zerbst zu zahlen sind.

Der Gesamtbetrag der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sinkt um 4.916.800 EUR auf insgesamt 30.890.500 EUR.

Diese Änderungen resultieren im Wesentlichen aus der Anpassung der

Infrastrukturmaßnahme Hafen	um 3.079.100 EUR
und Biopharmapark	um 1.519.000 EUR
sowie der Erhöhung der Ansätze für	
Meisterhäuser	um 473.200 EUR
Zuschüsse an DB	um 231.800 EUR
sowie Erhöhung des Haushaltsansatzes	
für das Sanierungsgebiet DE-Nord	um 190.000 EUR.

Gleichzeitig werde mit diesem Haushalt in diesem Jahr der weitaus größte Betrag getilgt mit 12,7 Mio. € - dies sei überdurchschnittlich gegenüber den letzten Jahren.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept ist gegenüber dem Entwurf nur in einer Position geändert worden. Das ergibt sich aus den Haushaltsberatungen, wo der Beschluss gefasst wurde, den Haushaltskonsolidierungsvorschlag Zuschüsse für die Ortschaften zu streichen. Dies ist korrigiert worden.

Mit dem neuen Haushalt auf doppischer Basis haben wir auch die Haushaltsberatungen inhaltlich neu strukturiert. Es erfolgte erstmals eine aktive Gestaltung durch die verantwortlichen Ämter mit einer Schwerpunktsetzung.

Dies ist ein Lernprozess für beide Seiten, für Politik und Verwaltung. Deshalb stehen noch erhebliche Aufgaben vor uns wie die Qualifizierung der Produktblätter hinsichtlich

- der Ziele,
- der Indikatoren für die Zielerreichung
- sowie der Kennziffern und Kriterien.

Nur dann ist eine inhaltliche Diskussion auch über die Qualität möglich und es braucht eine Diskussion und Festlegung der steuerungsrelevanten Ziele.

Frau BM Nußbeck bat um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf. Es ist ein ausgeglichener Haushalt, der keine genehmigungspflichtigen Bestandteile hat und daher eine schnelle Handlungsfähigkeit insbesondere im investiven Bereich verspricht.

Zu den **TOP 7.1.1 und 7.1.2** sollte in einer verbundenen Debatte beraten und dann entsprechend die Abstimmung durchgeführt werden, schlug **Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender**, vor. Diesem Vorschlag wurde gefolgt.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, richtete seinen Dank an Frau Bürgermeisterin Nußbeck und ihre Mitarbeiter, speziell Frau Wirth, und an alle Dezernate für die geleistete Arbeit zum vorliegenden Haushaltsplan 2013. Daraus resultierte eine sehr konzentrierte und sachliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung in den diversen Sitzungen des Haushaltsausschusses.

Diese Art des Umgangs miteinander sollte auch für die übrige Tätigkeit des Rates und der Verwaltung wieder zum Regelfall werden. Nur so wird es gelingen, das Vertrauen der Bürger wieder zu erlangen und zu stärken. Auch die sachliche Art der Berichterstattung durch die Medien kann wie in diesem Fall dazu beitragen.

Die FDP-Fraktion werde dem Haushaltsplan sowie dem damit verbundenen Haushaltskonsolidierungskonzept zustimmen, um so die Handlungsfähigkeit der Stadt herzustellen. Nur so wird auch der Weg frei, den Haushalt 2014 zeitnah anzugehen, der ja auch wieder eine Riesenarbeit bedeutet, um die Eröffnungsbilanz zu erstellen. **Herr Maloszyk** rief alle Fraktionen dieses Hauses auf, ebenfalls zuzustimmen.

Für die **SPD-Fraktion** sprach **Herr Udo Gebhardt**. Die Fraktion habe am Montag zusammengesessen, über beide Beschlussvorlagen nochmals gesprochen und sei überein gekommen, ihnen die Zustimmung zu erteilen. Die Geschwindigkeit des Einbringens des Haushaltes bis zur heutigen Beschlussfassung im Stadtrat sei einer guten Vorbereitung und konzentrierten Beratung zu verdanken. Deshalb schließe sich Herr Gebhardt dem Dank an die zuständige Dezernentin, Frau BM Nußbeck, an.

In der Vergangenheit war es aber so, dass auch in den Fachausschüssen über Teile des Haushaltes gesprochen wurde. Dazu fehlte in diesem Jahr die Zeit. Deshalb äußerte Herr Gebhardt die Bitte, dass bei den nächsten Haushalten die Gelegenheit gegeben wird, in den einzelnen Ausschüssen zu diskutieren.

Frau Dammann, FDP-Fraktion, merkte an, sie habe gelesen, dass der grundhafte Ausbau der B 185, Lichtenauer Straße/Phillipp-Müller-Straße gestrichen wurde, aber eine Schwarzdecke aufgebracht werden soll. Sie frage daher, ob dies noch in diesem Jahr passiert, da der Zustand unhaltbar sei.

Das Rederecht zur Beantwortung erhielt **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Er bestätigte, dass dieses Thema bereits in der Haushaltsdiskussion im Haupt- und im Finanzausschuss besprochen und durch das Tiefbauamt als Schwerpunkt dargestellt wurde. Zur Umsetzung dieses Stückes der B 185 werde das Amt aber in den nächsten 2-3 Wochen mit der Kämmerei in Verbindung treten, wie die Finanzierung gesichert werden kann, da es die erste Priorität bei den Deckenauswechslungsvorhaben im Tiefbauamt hat. Das heißt, die Realisierung ist in diesem Jahr, zur Finanzierung könne er jedoch heute nichts sagen.

Für ihn persönlich war die Zeit viel zu kurz, um alle Inhalte abschließend beurteilen zu können, legte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, dar. Deshalb seien der Standpunkt und die Bewertung seiner Vorredner für ihn erstaunlich. Am 20. März wurde der Haushaltsplanentwurf auf CD oder in Papierform ausgegeben, einen Tag später erfolgte die Einführung in die Doppik im Ratssaal. In vier gemeinsamen Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses wurde über den Haushalt gesprochen und am 18. April sollte ein Fazit der Fraktionen gezogen werden. Ziel war natürlich, den Haushalt zu beschließen.

Am Montagabend erhielten die Stadträte die letzten Änderungen zum Haushalt. Ihm persönlich fehlte einfach die Zeit, sich intensiv mit dem doppelten Haushalt zu beschäftigen. Wir müssen alle lernen mit dem neuen Haushalt umzugehen. In drei Wochen kann es noch nicht gelungen sein.

Die Stadtverwaltung hat in dieser Haushaltsdiskussion eine andere Methodik angewandt. Diese Methodik, die Vorstellung der Konzepte einzelner Ämter war ein Versuch. Durch die unterschiedliche Qualität der Konzepte stelle er diese Methodik in Frage und wünsche sich für das nächste Jahr wieder eine Vorstellung und Diskussion in Fachausschüssen.

Ebenso wurde eine Prioritätenliste nicht vorgelegt. Aus jetziger Sicht ziehe er das Fazit, die alten Probleme sind geblieben, er erinnere an das Theater. Es ist zwar ein Gutachten auf den Weg gebracht worden, aber es kann über die Probleme nicht hinwegtäuschen. Eine Eröffnungsbilanz wird erst 2014 vorliegen, weil das Vermögen der Stadt noch nicht vollständig erfasst ist. Ein neues Problem: Die Kosten für die Umsetzung der Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten ab 1. August sind noch nicht beziffert.

In dem Sinne, dass wir uns auf einem völlig neuen Weg befinden, sollten wir uns die Chance geben, sich im doppelten Haushalt zu vertiefen und dabei zu lernen mit ihm umzugehen und die Fraktion Die Linke werde ihn nicht ablehnen. An Frau Nußbeck gerichtet erklärte **Herr Pätzold**, sollte man im laufenden Jahr einmal auf unterschiedliche Meinungen treffen, bitte er, den Ausdruck zu vermeiden: „Das haben Sie doch im Haushalt beschlossen.“

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, stellte richtig: Für die Mitglieder des Finanzausschusses wurde mindestens seit 1 ½ Jahren immer wieder detailliert für die einzelnen Bereiche auf die Doppik hingewiesen und es wurden Einführungen gemacht. Die letzte Schulung im Ratssaal war ausschließlich eine Zusammenfassung durch einen kompetenten Mann, der sich mit diesem doppelten Verfahren schon seit Jahren auskennt.

An Frau BM Nußbeck gerichtet, erklärte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, er habe im Ausschuss bereits sehr oft gelobt, was dieser Haushalt jetzt an Möglichkeiten aufzeigt. Ähnlich wie Herr Maloszyk wolle er Herrn Pätzold antworten: Was in dieser Haushaltsdebatte vorgelegt wurde - ein ausgeglichener Haushalt, alle Maßnahmen, die zur Beschlussfassung anstehen - ist uns aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept bekannt und in diesem Konzept sind nur zwei Dinge geändert worden. An dem Haushaltskonsolidierungskonzept sei insgesamt 4 Jahre gearbeitet worden und es sind keine Neuerungen, die man hätte anders oder noch breiter diskutieren müssen.

Des Weiteren waren die Veranschlagungen, die im doppelten Haushalt sind, auch vorher alle vorhanden, nur an anderer Stelle. Man hatte also in den Wochen der Haushaltsberatung nur die Aufgabe, diese Stellen wiederzufinden, auf die man in den vergangenen Jahren immer sehr geachtet hatte. Dabei habe die Stadtverwaltung, vor allem die Kämmerei auch mitgeholfen. Er denke, dass eine sehr ausgewogene und gute Haushaltsberatung erfolgte.

An die Fraktion Die Linke gerichtet, merkte **Herr Weber** an, sie hätte sehr kompetente Vertreter im Haushaltsausschuss und er wisse, der Haushalt selbst sei für die Fraktion nicht das große Hindernis, sondern die Konsolidierung, die sie auch in den vergangenen Jahren nicht mitgetragen habe. Es wäre natürlich sehr wichtig, wenn es ein Konsolidierungskonzept ist, das uns über so viele Jahre beschäftigt, wenn einmal

konkrete Vorschläge aus der Fraktion Die Linke kämen, die es möglich machen, andere Positionen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wieder herauszunehmen.

Was die Erhöhung der Ausgaben nach dem neuen KiFöG angehe, habe auch die CDU-Fraktion die Sorge, dass erhebliche Mehrkosten entstehen werden. Hier werde auf das Dezernat von Herrn Dr. Raschpichler eine große Aufgabe zukommen. Man werde das sehr genau beobachten und hoffe darauf, dass er innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches den drohenden Aufwuchs der Kosten jetzt schon bedenkt, was innerhalb des Dezernates an Umplanungen möglich ist und dass wir früh genug das Land in die Pflicht nehmen, uns zu begleiten. Als Verursacher der Kosten hat es uns natürlich auch die Kosten zu erstatten.

Es ist richtig, dass erstmals seit 1998 ein ausgeglichener Haushaltsplanentwurf vorliegt, bestätigte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**. Trotzdem enthalte er finanzielle Risiken, die Umsetzung der Ganztagsbetreuung und die langfristige Finanzierung und Förderung des Theaters. Was das KiFöG betrifft, warte man auf das Land. Herr Dr. Raschpichler könne leider noch nichts machen, man habe ein neues Gesetz, aber noch keine Durchführungsbestimmungen.

Die Personalaufwendungen werden 2013 um 1,2 Mio. EUR vermindert durch Abgänge und sonstige Veränderungen. Die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurden ebenfalls um 55 T€ gemindert. Dabei wurde die Arbeitsfähigkeit eines Gebäudemanagements noch nicht hergestellt und auch die Untervermietungen von freien Flächen und der hohe Leerstand in den Verwaltungsgebäuden muss unbedingt in Angriff genommen werden. Ein großer Mangel ist der geplante Rückgang an Investitionen in den nächsten Jahren. Da man aber einen Investitionsstau habe, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen - ein Beispiel ist die B 185, deren grundhafter Ausbau nun auf 8 Jahre und länger hinausgeschoben wird.

In den Haushaltsdiskussionen wurde von der **Fraktion Die Linke** der Prüfauftrag eingebracht, dass für die Bauhausstadt und natürlich für die Umsetzung des Masterplanes im künftigen Haushalt möglichst auch eine Haushaltsstelle eingestellt werden sollte.

Das eingeführte Energiemanagement und -controlling habe gute Ergebnisse vorzuweisen. Ohne dieses hätte man mehr als 1 Mio. EUR Mehrausgaben im Haushalt 2013 noch zu schultern. Dies sei eine Größenordnung, die sich sehen lassen kann.

In dem Produkthaushalt ist auch das Forderungsmanagement aufgeführt. **Frau Ehlert** vermisse aber eine klare Zielstellung für das Jahr 2013, was erreicht werden soll in welcher Größenordnung.

Richtig ist, in den kommenden Jahren sollte der Haushalt auch wieder in den Ausschüssen vorberaten werden. An Herrn Maloszyk gewandt, betonte **Frau Ehlert**, die Produkte wurden mit diesem Haushalt erstmals vorgestellt.

Ebenfalls für die **Fraktion Die Linke** erklärte **Herr Schönemann**, es gebe sicherlich noch eine Reihe von Aufgaben, die im Zuge dieser Diskussion deutlich wurden. Die Fraktion sehe diesen Prozess der Einführung der Doppik in gewisser Weise als Testphase an. Die Vorbereitung hatte eine Qualität, in der eine sachliche Diskussion geführt wurde. Seine persönliche Wahrnehmung sei, dass die Ämter ihre Produkte und Prioritätenlisten in sehr unterschiedlicher Qualität präsentierten. Methodisch wäre es gut, wenn man es im Vorfeld schon in den Fachausschüssen ausloten und es dann im gemeinsamen Ausschuss auf den Nenner bringen könnte.

Richtig ist, dass die Eröffnungsbilanz ausschlaggebend ist für einen Jahresabschluss, deshalb habe Herr Schönemann gute Hoffnung, dass man es zeitgleich zum Jahr 2013 realisieren könne.

Zur Konsolidierung sagte **Herr Schönemann** mit Nachdruck, dass die Fraktion dieser auch heute nicht zustimmen werde. Im Prinzip sei man sich zu Einzelpositionen durchaus einig, es gebe aber auch grundlegende Differenzen in den nicht konzeptionellen Vorstellungen so maßgeblicher Entscheidungen wie die Problematik der Einsparungen in Richtung Theater. Gerade hier werde deutlich, dass sich ohne Konzept Konsolidierung besonders in einem solch komplexen Gebilde, wie das des Anhaltischen Theaters nicht realisieren lasse. Nicht zuletzt im Rahmen der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplanes sollte die eigene Kompetenz stärker genutzt werden. Hier gibt es Reserven, das haben die letzten Diskussionen deutlich gemacht.

Insofern sage die **Fraktion Die Linke** heute auch wieder Nein zur Konsolidierung und Ja und herzlichen Dank an Frau Nußbeck für die konstruktive Begleitung der Diskussion zum Haushalt.

Herr Weber, CDU-Fraktion, ging auf die Frage Theater ein, das ein ganz wesentlicher Punkt des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist. Die 3,5 Mio. €, die wir nicht mehr zahlen wollten, sind aufgrund der hohen Mehreinnahmen nach dem FAG nicht mehr drin. Das Konsolidierungskonzept werde seit Jahren verfolgt und wenn man sich ansehe, dass die ehemals 110 Mio. € Schulden heute halbiert sind und wir am Ende des Haushaltskonsolidierungskonzeptes auf einer 0 im Jahr 2018 sind, dann zeigt es, dass dieses Haushaltskonsolidierungskonzept funktioniert. Deshalb richtete **Herr Weber** nochmals die Einladung an die Fraktion Die Linke, ebenfalls zuzustimmen, wenn sie keine nennenswerten, umfangreichen, konkreten oder andere Vorschläge habe.

Herr Hoffmann, 1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden, brachte die Beschlussvorlagen zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre sowie zur Haushaltssatzung, zum Haushaltsplan und zum Stellenplan 2013 zur Abstimmung:

7.1.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre
Vorlage: BV/061/2013/II-20

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2013 und Folgejahre wurde mehrheitlich beschlossen. **Abstimmungsergebnis:** 29:09:00

7.1.2 Haushaltssatzung 2013; Haushaltsplan 2013; Stellenplan 2013
Vorlage: BV/055/2013/II-20

Der Haushalt für das Jahr 2013 wurde einstimmig beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58
"Biogasanlage Lukoer Straße", Abwägungsbeschluss
Vorlage: BV/038/2013/VI-61

Der Beschlussvorschlag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“ Abwägungsbeschluss - BV /038/2013/VI-61 - wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 18:08:12 (nach wiederholter Auszählung)

7.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss Vorlage: BV/044/2013/VI-61

Die Tagesordnungspunkte 7.2 und 7.3 wurden, da sie sich inhaltlich mit dem gleichen Anliegen beschäftigen, auf Vorschlag von **Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, in einem Komplex diskutiert.

Dem Aufstellungsbeschluss zum Bau einer Biogasanlage in der Lukoer Straße habe er seinerzeit im Ortschaftsrat zugestimmt, erklärte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**. Er sei der Meinung, die Nutzung erneuerbarer Energien ist notwendig. Viele seien auch dafür, sagen jedoch „Aber nicht vor meiner Haustür.“

Seine Zustimmung ist damit begründet, dass es in der Lukoer Straße optimale Standortbedingungen gibt und es optimale Betreiberkonzepte gab. Der Standort befinde sich an der äußersten Leeseite der Stadt, der Mischwaldgürtel zur Wohnbebauung in ca. 1000 m Entfernung lindert evtl. Geruchsgefahren und die Einspeisung der erzeugten Energie ins städtische Netz war geplant.

Zu den Standortfaktoren zählte auch die Nutzung der östlich der Anlage anfallenden Biomasse. Lt. Auskunft des Bauernverbandes steht aber östlich von Roßlau keinerlei Biomasse zur Verfügung. In diesem Zusammenhang stellte Herr Tonndorf fest, dass er persönlich gegen den großflächigen Anbau von Biogaspflanzen ist, weil so wichtige Nutzfläche dem Anbau von Nahrungsgütern entzogen werden und zudem Gefahren der Monokultur entstehen.

Östlich von Roßlau gehe alle Biomasse aus den landwirtschaftlichen Betrieben und Fluren im Raum Luko/Thießen/Hundeluft/Düben in die nicht einmal ausgelastete Anlage in Düben, 10 km östlich von Roßlau. Die Feldfluren von Mühlstedt und Streetz/Natho beliefern die Großanlage auf dem Flugplatz in Zerbst bzw. die kleineren Anlagen in Klein-Leitzkau. Das bedeutet, dass alle Biomasse für die beabsichtigte Anlage per Lkw durch die gesamte Stadt Dessau und die gesamte Stadt Roßlau antransportiert werden muss.

Mit der daraus zu erwartenden Belastung - CO₂ oder Feinstaub - im Stadtgebiet von Dessau-Roßlau und den an den Trassen liegenden Vororten konterkariert sich der ursprünglich vorgesehene ökologische Nutzen dieser Anlage ganz deutlich. Einer solchen Anlage kann und werde **Herr Tonndorf** nicht zustimmen und rufe daher alle Stadträte auf, dem Beschlussvorschlag der Vorlagen 038 und 044 die Zustimmung zu verweigern.

Frau Christa Müller, CDU-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Tonndorf an und erinnerte daran, dass der Ortschaftsrat Roßlau mehrfach gegen das Vorhaben mehrheitlich gestimmt hat. Bekannt sei auch, dass die Bürger von Roßlau gegen diese Vorlage sind, das wurde schon vor Jahren mit 3,5 Tausend Unterschriften deutlich.

Weiterhin stehen in der Region wie Herr Tonndorf bereits sagte, keine dieser benötigten Einsatzstoffe zur Verfügung, so dass rd. 96.000 t Einsatz- und Gärstoffe durch die Orte gefahren werden. Durch die Anlage entstünden auch höchstens zwei Arbeitsplätze. Ob die Stadt Dessau-Roßlau Steuern daraus erwirtschaftet, wage Frau Müller auch anzuzweifeln. Des Weiteren wollen die Stadtwerke keine Wärme abnehmen, auch das Technische Rathaus, das beheizt werden sollte, steht in Frage. Die Potenzialgrenze für den Anbau von Energiepflanzen sei mittlerweile erreicht. Es kommt zu Flächennutzungskonflikten und Umwelt- und Naturschutzproblemen. Auch sei Biogaserzeugung durch dieses Produkt momentan der teuerste Weg zu erneuerbaren Energien.

Nochmals wurden die Mitglieder des Stadtrates aufgefordert, diesen Vorlagen nicht zuzustimmen.

Aus Sicht des Bauausschusses stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, resümierend folgendes fest. In einem umfangreichen Verfahren wurden alle bautechnisch relevanten und planungsrechtlichen Aspekte abgeglichen. Entsprechend diesem Verfahren konnten keinerlei beanstandungswürdige Fakten erkannt werden, das sagen auch die ausgereichten Unterlagen aus.

Die Ermessensfrage über Aufkommen der entsprechenden Input-Materialien ist eine Frage der Entscheidung des zuständigen Investors. Das ist nicht Gegenstand der heutigen Abstimmung durch den Stadtrat, betonte Herr Schönemann in aller Sachlichkeit. Emotional könne er die Diskussion der Initiative gegen die Biogasanlage verstehen, Fakt sei aber, das heute zu Entscheidende sei rein genehmigungsrechtlich zu sehen.

Im Übrigen, dies habe **Herr Schönemann** bereits im Ausschuss gesagt, gibt es parallel zu diesem Projekt ein Bundesimmissionsschutzrechtliches Verfahren (BlmSch), welches die Genehmigungsfähigkeit der Anlage prüft. Dieses Verfahren prüft das, was relevant auf die Einwohnerschaft und das Umfeld des Ortes einwirkt. Sollte es dort Ansätze geben, die gegen die Genehmigungsfähigkeit wirken, ist das Umweltamt, in diesem Fall die Genehmigungsbehörde, in der Richtung gefragt. Die fachliche Begleitung unseres Umweltamtes bis heute kann nicht in Frage gestellt werden.

Im Augenblick lasse die Vorlage aus Sicht von Herrn Schönemann entsprechend der Entscheidungskompetenz des Stadtrates eine Abstimmung zu. Es sei natürlich emotional und von der Auffassung her, was Biomasseverwertung betrifft, eine öffentliche Diskussion im Gange, die die Mitglieder des Stadtrates aber im Grunde genommen nur in aller Sachlichkeit begleiten können. Die heutige Aufgabe des Stadtrates ist, genehmigungsrechtliche Aspekte abzuwägen, die gegen die Genehmigung einer solchen Anlage stehen. Dies konnte in mehrfachen und ausgiebigen Beratungen in den Ausschüssen nicht festgestellt werden. Insofern sei es keine Frage von Emotionen, fasste **Herr Schönemann** zusammen, sondern der Verlässlichkeit der Stadt und dieses Rates Investoren gegenüber. Es können entsprechende Signale gesendet werden oder auch nicht.

Wie Frau Müller bereits betont habe, sprach sich der Ortschaftsrat in Roßlau mehrfach gegen diese Anlage aus, legte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, dar. Der Ortschaftsrat vertritt die Meinung der Bürger vor Ort. Er rufe alle Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte sowie die Stadträte auf, im Sinne des Ortschaftsrates Roßlau, des Votums der vor Ort Verantwortlichen hier zu stimmen und diese Vorlage abzulehnen.

Der Stadtrat befinde sich in einem Dilemma, stellte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fest. Die Verlässlichkeit gegenüber von Investoren habe Herr Schönemann schon angesprochen. Hier habe man sehr lange mit dem Investor an diesem Standort verhandelt, aber mit fortdauernder Diskussion werde das Ganze für den Stadtrat auch immer schwieriger zu erfassen, das Für und Wider, Pro und Kontra der Bürgerinitiative, die Meinung der Ortschaftsräte und das, was von der Verwaltung vorgelegt werde. Herr Otto zeigte die allein in den letzten Tagen nachgereichten Unterlagen, damit vielleicht die Bürger den Umfang einschätzen können.

Wenn man dies alles erfassen wolle, fehle ihm einfach der Rote Faden mit klaren Aussagen von der Verwaltung, der zu den Entscheidungen führt. Als Beispiel führte Herr Otto an, dass zu einem entscheidenden Faktor, an welcher Stelle Wärme verwendet und in das Netz eingespeist werden kann, nun in den Unterlagen stehe, dass die Wärme von den Stadtwerken nicht abgenommen würde. Darauf gehe aber die Verwaltung nicht ein, so dass Herr Otto hier seine Einschätzung nicht treffen könne.

Er hätte sich gewünscht, dass man vielleicht einen Termin angesetzt hätte, wo man nur zu diesem Thema, die neu aufgeworfenen Fragen gemeinschaftlich, mit Bürgerinitiative, Investor und Verwaltung diskutiert hätte, um hier zu klaren Entscheidungen kommen zu können. **Herr Otto** sei immer davon ausgegangen, dass nach der Standortentscheidung das BImSch-Verfahren geschaltet ist, das klärt, ob es zuträglich ist an der Stelle oder nicht. Wenn die Anlage die Auflagen nicht erfüllt und am Ende doch eine Belästigung darstellt, werde es auch wieder stillgelegt. Für Herrn Otto seien also viele Fragen offen und er wundere sich, dass die Verwaltung dazu nichts sagt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, er sei natürlich auch Ortsbürgermeister und Ortschaftsrat, man habe aber auch eine Ortschaftsverfassung. Hier gebe es Zuständigkeiten und er warne davor, jede Art von Befindlichkeiten, wenn es um Entwicklung in dieser Stadt geht, individuell zu sensibilisieren. Man komme in eine Patt-Situation, dass jede Art von Entwicklung, möge sie noch so vernünftig sein, behindert wird und in der man vor unlösbare Probleme gestellt wird. Wenn es Dinge sind, die technisch, gesetzlich im Widerspruch stehen zu sonstigen Entscheidungskonstellationen, könne er dem folgen und würde auch die Dinge ablehnen. Man habe aber einen solchen Sachverhalt nicht und es ist in erster Linie emotional begründet. Es gehe um Verlässlichkeit gegenüber investitionswilligen Akteuren und Herr Schönemann gab zu bedenken, die Stadt komme schnell in die Situation, wo Investoren einen großen Bogen um sie machen.

Zur Frage der Abnahme der Wärme bitte er noch um eine Beantwortung, da es ein entscheidungsrelevanter Punkt ist.

Auf die Zuständigkeit des Ortschaftsrates nach der Ortschaftsverfassung kam **Herr Weber, CDU-Fraktion**, zurück. Der Ortschaftsrat ist zu hören und der Stadtrat kann dagegen entscheiden. Darum ist es wichtig, dass der Ortschaftsrat Roßlau hier ein besonders klares Votum abgegeben hat. Der Stadtrat sei kein Parlament, sondern Vertretungskörperschaft und Bestandteil der Verwaltung, aber eben der politische Bestandteil. Die jetzt zu fällende Entscheidung sei eine politische. Herr Weber gehe nicht davon aus, dass mit einem Nein eine rechtswidrige Entscheidung getroffen würde, wogegen der Oberbürgermeister in Widerspruch ginge.

Herr Beigeordneter Hantusch legte dar, man habe sich Ende 2008 Biogasanlagen angesehen und er glaube, dass man anfangs die Chance hatte zu sagen, was man will und was nicht. Er hätte sich gewünscht, dass am Anfang dieses Prozesses diese Entscheidung gestanden hätte. Nun sei man 4 Jahre erheblich weit vorangeschritten und habe natürlich klar erkannt, dass sich Widerstand regt. Trotzdem sei es eine Frage der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, welche Entscheidung hier heute getroffen wird.

Es wurde angemahnt, dass die Sichtweise der Verwaltung nicht klar und deutlich ist. Deshalb sagte er hier deutlich, man habe sich in der OB-Runde darüber befunden und diese Beschlussvorlagen auf den Weg gebracht. So könne davon ausgegangen werden, dass es von der Verwaltungsspitze eine ganz klare Meinung zu diesem Vorhaben gibt. Diese heiße ganz deutlich, dass dieses Projekt befürwortet wird.

Weiterhin stellte **Herr Hantusch** fest, in der Beschlussvorlage stehe auch, dass die Stoffströme aus einem Umkreis von ca. 50 km kommen. Man habe in dieser Stadt keine landwirtschaftliche Nutzfläche von dieser Größenordnung, weshalb die Lkw natürlich irgendwo in die Stadt hinein und zum Zielort fahren müssen. Insofern sei es kein neues Argument, welches hier vorgebracht wird.

Zu der Wärmeabnahme habe sich die Verwaltung sehr intensiv in den Prozess eingebracht und hat die beiden Vertragspartner zusammengebracht, weil von Anfang an feststand, dass das Stadtwerk Roßlau die Wärme übernimmt. Die beiden Parteien sind noch dabei, die Verträge auszuhandeln und es ist auch klar, dass hier natürlich die Wärme nur dann in das Wärmenetz der Stadt übergeht, wenn der Preis stimmt. Auch dafür setze sich die Stadt intensiv ein. Insofern sei man heute im Bereich Abwägung Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss und sehr weit vorangeschritten. Das BlmSch-Verfahren komme noch.

Man habe sich auch sehr intensiv damit beschäftigt, was von der Bürgerinitiative eingereicht wurde und die Verwaltung sehe da überhaupt keine kritischen Punkte. Man habe auch die Wege nachverfolgt - hier wurde im Internet recherchiert und uns erreicht. Es wurde von einer Keimvermehrung gesprochen aber es wurde uns ganz klar eine Zuarbeit übergeben, dass es eher zu einer Keimverminderung in erheblichem Maße kommt.

Natürlich verstehe es Herr Beigeordneter Hantusch, wenn hier politisch gearbeitet wird, aber die Verwaltung müsse sich neutral verhalten und die Dinge miteinander abklären und abwägen, was intensiv auch geschah und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verantwortet werden kann. Insofern ist das Votum der Stadtverwaltung ganz klar für den heutigen Beschluss.

Der 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden, **Herr Hoffmann**, brachte die Beschlussvorlagen in der Reihenfolge der Tagesordnung zur Abstimmung:

Der Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“ (BV/044/2013/VI-61) wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 19:08:11

7.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 61

**„Altenpflegeheim an der Feldstraße“
Billigung des 2. Entwurfs und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/047/2013/VI-61**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bedankte sich bei den Mitgliedern des Bauausschusses für die ambitionierte Begleitung. Es sei eine erfreuliche Entwicklung, die dieses Vorhaben genommen habe.

Frau Storz, 2. stellv. Stadtratsvorsitzende, SPD, bezog sich auf das zu errichtende Alten- und Pflegeheim und die damit verbundenen Abrisskosten, welche die Stadt laut Vertrag übernehmen soll. Sie fragte, wie die Stadt die Übernahme von verhältnismäßigen Kosten sicherstellt, damit ihr keine unbillig hohen Kosten aufgebürdet werden.

Herr Beigeordneter Hantusch erwiderte, dass die Abrisskosten seitens der Stadt vor der Übernahme befürwortet werden müssen.

Auf die Nachfrage von Frau Storz, ob die Stadt ein eigenes Kostenvolumen ermittelt und es dafür eine Obergrenze gibt, erhielt zur Beantwortung **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, das Rederecht. Er erklärte, es wurde vertraglich geregelt, dass mindestens 3 Angebote vom Saarländischen Schwesternverband im Vorfeld eingeholt und dann der Stadt zur Prüfung vorgelegt werden müssen. Aufgrund der Erfahrungen, auch von anderen Projekten, wisse man in etwa, welche Größenordnungen derartige Abbruchkosten haben können. Das werde, bevor man die Zustimmung erteilt, durch das Zentrale Gebäudemanagement geprüft. Dann bestehe die Möglichkeit zu sagen, das befindet sich in diesem Limit der ortsüblichen Preise oder eben nicht. Hier könne entsprechend eingewirkt werden.

Des Weiteren werde ein Altvertrag zu unseren Gunsten geregelt. Der Altvertrag habe ausgesagt, ab dem Zeitpunkt, wann der Saarländische Schwesternverband nicht mehr in der Lage ist, dieses Altenpflegeheim zu betreiben, müsse die Stadt dieses Altenpflegeheim wieder zurücknehmen. D. h. man bliebe in diesem Zusammenhang grundsätzlich auf diesen Abbruchkosten sitzen, egal was es dann kostet. Mit diesem Vertrag habe man es jetzt geschafft, den Saarländischen Schwesternverband dazu zubringen, das anstelle der Stadt zu tun, weil wir davon ausgehen, dass das ein Privater durchaus günstiger regeln kann. Zum anderen regelt unsere allgemeine Rahmenvereinbarung eine bestimmte Kostenquote, die uns dort gegen gerechnet wird, die wir ansonsten nicht für uns verwenden können. Für die Stadt sei das der günstigste Fall, denn ansonsten bekomme man das Objekt und müsse es nach gewisser Zeit mit Eigenmitteln selber abrechnen. Die Höhe der genauen Abrisskosten müssten recherchiert und entsprechend zugearbeitet werden.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass es bereits einen Standort in der Mitte der Stadt gab und jetzt ein Altenheim am Rande der Stadt gebaut wird und zwar nach Einsprüchen einer kleinen Gruppe von Menschen. Zukünftig sollte darauf geachtet werden, dass die sozialen Aspekte und unsere Entscheidungen nicht immer nur auf eine kleine Gruppe direkt Betroffener ausgeführt werden. Der Vorlage werde zugestimmt, aber es sollten immer die Gesamtinteressen der Stadt berücksichtigt werden und nicht als Präzedenzfall für zukünftige Entscheidungen gelten.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**7.5 Abwägung und erneute Offenlage des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 216 - Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche
Vorlage: BV/057/2013/VI-61**

Herr **Beigeordneter Hantusch** merkte an, dass die Hinweise aus der Sitzung des Bauausschusses berücksichtigt wurden und in der Vorlage enthalten sind.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

**7.6 3. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau - Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage im Bereich der Hohen Straße
Vorlage: BV/064/2013/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:05:06

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

**7.7 Entscheidung über den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan / Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße" / frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung
Vorlage: BV/063/2013/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 27:05:06

9 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 16.05.13

gez. Frank Hoffmann
1. Stellv. Vorsitzender Stadtrat

gez. E. Baumer
Schriftführerin